

# FDP Ortsverband Stadt Hameln



Ortsverband  
Hameln

## **Wir sind Hameln**

*Leitlinien zur Kommunalwahl am 10. Sept. 2006*

# Vorwort

## Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt das Parteiprogramm für die Stadt Hameln zur Kommunalwahl im September 2006.

Dazu sind folgende Aussagen zu treffen:

### Dieses Programm ist anders!

- Es beschreibt unsere Grundsätze und Handlungsziele!  
Die Programme anderer Parteien benennen meist zusammenhanglos Forderungen (oft sehr teure), so dass man die Richtung ihres Handelns nicht erkennen kann.
- Programm bezieht sich auf Hameln als Ganzes! Orts- oder Stadtteile sind nicht gesondert berücksichtigt. Die jeweiligen Wahlbezirkskandidaten haben es daher für ihren Stadtteil bzw. Dorf ergänzt.
- Dieses Programm dient auch als Argumentationshilfe und ist eine „Richtschnur“ für spätere Koalitionsverhandlungen! Es bedarf der Komprimierung für Wahlkampfaussagen mittels Prospekt, Anzeige, Plakat o.ä.!

Für Hameln gilt:

Die Stadt Hameln ist das Zentrum des Weserberglandes und seit dem Jahre 1990 in eine geographisch, verkehrlich und ökonomisch zentrale Lage Deutschlands gerückt. Diese Tatsache und die Erkenntnis, dass durch die übergeordneten Gesetzgeber die Kommunalpolitik immer mehr von außerörtlichen Strukturen und Einflüssen abhängt, macht es erforderlich, das Wahlprogramm der FDP Stadt Hameln in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Das Wahlprogramm der FDP der Stadt Hameln orientiert sich daher an Kernaussagen der Landes-FDP und überträgt die daraus resultierenden Erkenntnisse in kommunale Praxis.

Der FDP liegt „Populismus“ fern. Unbequeme Wahlaussagen sind oft notwendig und werden vom aufgeklärten Wähler auch akzeptiert:

Unser Land ist noch nicht hinreichend für die Herausforderung der nächsten Jahrzehnte gerüstet.

Deutschland benötigt Reformkraft, Wettbewerbschancen und Zukunftsfähigkeit und die Menschen müssen wieder eigenverantwortlich handeln dürfen.

Die Gefälligkeitspolitik anderer Parteien versucht, den Menschen immer mehr Risiken abzunehmen, und erklärt jedes Problem für lösbar. Es kommt nicht mehr darauf an, ob eine Entscheidung gut oder schlecht ist, sondern nur noch darauf, ob sie ankommt oder nicht. Diese Politik bringt nicht den Mut auf, Unpopuläres zu sagen. Wir von der FDP-Hameln haben diesen Mut:

Für den Ortsverband  
Für den Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl  
Für die Stadtratsfraktion  
Für das Autorenteam

*Ina Loth  
Rüdiger Zemlin  
Hans Wilhelm Güsgen  
Herbert Habenicht*

Dieses Programm wurde auf der Mitgliederversammlung des FDP Ortsverbandes Hameln verabschiedet.

## Inhaltsübersicht:

- **Vorfahrt für Arbeit vor Ort**
- **Den demographischen Wandel meistern**
- **Kinder- und familienfreundliche Kommunen**
- **Bildung ist Zukunftsvorsorge**
- **Kultur und Kommune**
- **Bürgerorientierte Stadtentwicklungspolitik**
- **Bürgerorientierte Verkehrspolitik**
- **Umweltpolitik vor Ort**
- **Sozialpolitik – Eigenverantwortung vor Ort unterstützen und nutzen**
- **Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger**
- **Freiheit und Sicherheit**
- **Eine moderne Kommunalverwaltung für unsere Bürger**

## Vorfahrt für die Arbeit vor Ort

Die FDP will die Bindung der Bürger an ihre Gemeinde, ihre Stadt stärken und sich für deren Weiterentwicklung einsetzen. Unsere Zukunft hängt davon ab, dass wir einen Ausgleich schaffen zwischen den wachsenden Anforderungen an die Kommune und den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, die eine steigende Belastung für die Bürgerinnen und Bürger mit sich gebracht haben und auch weiterhin bringen werden, insbesondere auf Kosten der zukünftigen Generationen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen ein eigenständiges und selbst bestimmtes Leben in ihrer Kommune führen können. Eine Voraussetzung hierfür ist eine umfassende und aktive Bürgerbeteiligung. Wir Liberalen vertrauen den Menschen. Die FDP setzt sich für die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit vor Ort und für mehr Bürgerbeteiligung ein. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen die Möglichkeit, in ihren Angelegenheiten in der Kommune Stellung zu nehmen und mit beraten zu können.

Ein differenziertes Bildungsangebot ist eine gute Voraussetzung für die Zukunft unserer Kinder. Erziehung, Bildung und Beruf müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist aber ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen. Die Schaffung neuer und die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze durch innovative kommunale Wirtschaftsförderung ist für die FDP daher eine wichtige Aufgabe einer Gemeinde.

**In den vergangenen Jahren haben die Liberalen die Politik in der Stadt Hameln maßgeblich mitgeprägt und erste Erfolge bei der Durchsetzung des neuen Denkens verwirklichen können.**

Liberaler Akzente wollen wir in den Bereichen, Bildungs- und Kulturpolitik, Wirtschaft, Sozial- und Gesellschaftspolitik aber auch Verkehr und Umwelt setzen.

**Die Bildungspolitik wird dabei weiterhin unser Schwerpunkt sein.**

Dafür ist eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig, wie sie in den zurückliegenden Jahren verantwortungsbewusst von den Liberalen im Stadtrat betrieben wurde.

**Eine starke FDP ist also notwendig, damit diese Politik im Rathaus der Stadt Hameln konsequent betrieben werden kann**

## Unsere Wirtschaftspolitik: Vorfahrt für Arbeit vor Ort

Liberale Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Wirtschaftspolitik,

- die es den Kommunen ermöglicht, sich im nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu behaupten.

Arbeit hat Vorfahrt, auch auf kommunaler Ebene. Neue Arbeitsplätze lassen sich aber nicht staatlich anordnen, sondern können nur in und mit der Wirtschaft geschaffen werden. Die FDP setzt dabei vor allem auf den Mittelstand. Er hat gezeigt, dass er auch in Zeiten konjunktureller Schwäche die stabilsten Arbeitsplätze garantiert und gewerbliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die Schaffung neuer und den **Erhalt bestehender Arbeitsplätze** zu unterstützen ist die wichtigste Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung. Liberale Wirtschaftspolitik stärkt mittelständische Strukturen durch attraktive Rahmenbedingungen und schafft dauerhafte Arbeitsplätze.

Investitionsvorhaben müssen einfach zu beantragen sein und schnell und unbürokratisch genehmigt werden. Der Einsatz von „Investitionslotsen“, die als alleinige Schnittstelle zwischen ansiedlungswilligen Unternehmen und Behörden fungieren, sollte ausgeweitet werden.

Daneben ist die unternehmensnahe Infrastruktur auszubauen und die Belastung durch kommunale Steuern und Abgaben zu senken. Die Abschaffung der Gewerbesteuer mit Kompensation durch ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer ist sowohl finanz- als auch wirtschaftspolitisch geboten.

Die FDP spricht sich für die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis in der Wirtschaftsförderung aus. Insbesondere in der Standortwerbung ist eine **regionale Zusammenarbeit** anzustreben. Für die überregionale, nationale und inter-nationale Vermarktung sollten dabei die Stärken einer Region präsentiert werden. So können die knappen Wirtschaftsförderungsmittel effektiver eingesetzt werden.

Die Aktivierung europäischer Fördermittel gerade für kleinere und mittlere Unternehmen erfordert eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Hier muss die **kommunale Wirtschaftsförderung** eine innovative Lotsenfunktion übernehmen. Bei der Ziel 2-Förderung ist auf eine enge Verzahnung („Wirtschaftnahe Struktur“) mit der Wirtschaft zu achten, um bedarfsgerechte Angebote für die Wirtschaft zu ermöglichen. Auch hier ist eine Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg unerlässlich. und die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit Vorrang zu fördern

Angesichts der schwierigen Lage des kommunalen Haushaltes ist durch Privatisierung, Öffentliche-Private-Partnerschaft, Out-Sourcing und andere moderne Instrumente ökonomischer Effizienzsteigerung die Leistungen für die Bevölkerung zu verbessern, der Kommunalhaushalt zu entlasten und Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Die Regierungskoalition in Hannover hat hierfür durch die Neufassung des Gemeindeförderungswirtschaftsrechts (z. B. § 108 NGO) die Voraussetzung geschaffen, indem es den Weg für Private geöffnet hat.

Bei Aufgaben, die auch weiterhin von den Kommunen wahrgenommen werden, sollten – wo immer möglich und auf freiwilliger Basis – Gemeinde übergreifende Kooperationen angestrebt werden. Dadurch können erhebliche Synergieeffekte erzielt werden, die die Qualität der erbrachten Leistungen verbessern und gleichzeitig Kosten sparen. Die Regierungskoalition hat den Kommunen dafür ein wirksames Instrumentarium an die Hand gegeben – das

neue Zweckverbandsgesetz. Hierdurch kann auch die Stadt Hameln stark vereinfacht kooperieren. Diese Möglichkeit muss in Zukunft mehr genutzt werden.

Der Tourismus ist eine der wichtigsten Branchen im Weserbergland. Seine mittelständische Struktur ist Garant für ein qualitativ hochwertiges und flexibles Leistungsangebot. Bei der Vermarktung der vielfältigen Tourismusangebote sollte auch mit anderen Kommunen stärker zusammengearbeitet werden. Eine engere Zusammenarbeit könnte etwa in der Form regionaler Tourismusverbände auch über das Weserbergland hinaus erfolgen, die gemeinsam mit privaten Anbietern ortsübergreifende Tourismusangebote definieren, gemeinsame Buchungs- und Vermarktungssysteme aufbauen oder gemeinsame Marketing- und Informationskampagnen organisieren. Zudem sollte die Tourismusinfrastruktur weiter verbessert werden, etwa durch den weiteren Ausbau von Fahrrad- sowie Wander-, Nording-Walking- und Reitwegen. Die Ausweitung des Kultur- und Freizeitangebots ist voranzutreiben.

Hameln steht in der Wirtschaftspolitik in einem starken Konkurrenzkampf. Jeder potenzielle Unternehmensgründer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm, aber auch seiner Familie und die seiner Mitarbeiter langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bietet. Dazu gehören für die FDP eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine niedrige Steuer- und Abgabenlast, eine hohe Investitionsfähigkeit der Stadt bei niedriger Schuldenlast, die Vielzahl weicher Standortfaktoren wie z. B. ein reiches Kulturleben, optimale Schulangebote und hochwertige Freizeitmöglichkeiten, bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Ämter und ein ausreichendes ÖPNV-Angebot.

### **Wir Hamelner Liberale unterstützen besonders unsere heimische Wirtschaft, denn die volle Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik ist auch die beste Arbeitsplatzsicherung:**

- ◆ Der einheitliche EG-Markt verlangt ein Denken in größeren Zusammenhängen und ein zielgerechtes, gemeinsames Handeln über die Stadt- und Kreisgrenzen hinaus. Die Kommunalpolitik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass unsere heimischen Unternehmen möglichst frei ihren Aktivitäten nachkommen können. Die unterstützenden Verbände und Gesellschaften (z.B. HMT, Weserbergland AG) benötigen unser unterstützendes Engagement
- ◆ Der Standort Hameln als Banken und Sparkassenstadt muss Bedeutung behalten. Die Gewerbesteuer und die Abgabenlast muss niedrig gehalten werden. Die Fusion der Stadtparkasse und der Sparkasse Weserbergland muss geprüft werden.
- ◆ Förderung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftszweig mit Zukunft durch professionelle Vermarktung der touristischen Möglichkeiten Hamelns (z.B. Ausweitung der Aufgaben des Veranstaltungsverbundes, Stärkung des Infocenters).
- ◆ Die Verkehrsanbindungen sind weiterhin zu verbessern (z.B. Südumgehung, Ausbau Bundesstraßen B83, Weser als Wasserstraße nutzbar machen).
- ◆ Die Bevölkerungsentwicklung zeigt derzeit einen negativen Trend. Dem ist dadurch entgegenzusteuern, dass die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze optimal zu gestalten sind. Industrie- und Gewerbeflächen sowie ausreichende Wohnbaugebiete sind daher zu attraktiven Bedingungen vorzuhalten.

## Den demographischen Wandel meistern

Liberale Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Gesellschaftspolitik,

- in der jede Generation bei ihren Entscheidungen die Zukunft der anderen Generationen verantwortlich mit bedenkt.

Unsere Kommunen stehen vor einem tief greifenden Wandel durch die Bevölkerungsentwicklung. **Sinkende Bevölkerungszahlen** sowie eine **starke Alterung** der Gesamtbevölkerung werden sich zuerst dort bemerkbar machen, wo die Menschen leben: in den Kommunen und dort in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Kommunen müssen sich deshalb rechtzeitig Maßnahmen überlegen, mit denen sie dem demographischen Wandel begegnen und die Entwicklung gestalten wollen. Am Anfang muss eine gezielte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Thema stehen und die Beteiligung besonders betroffener Bevölkerungsgruppen bei Planungsprozessen.

Das Zusammenleben der verschiedenen Generationen zu organisieren, ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben. **Alte Menschen** sollen ihr Leben solange wie möglich selbständig bestimmen und gestalten. Dazu müssen Bauleitplanung, Städte- und Wohnungsbau ihren jeweiligen Beitrag leisten. Dabei ist die Sicherstellung von modernen Wohnformen für ältere Menschen ein wichtiges Element für eine lebendige Kommune. Selbstbestimmtes Wohnen in einem altengerechten Wohnumfeld ist zu fördern; zukunftsorientierte und vernetzte Angebote der Altenhilfe sind auszubauen. Projekte zur Entlastung pflegender Familienangehöriger sind zu fördern.

Familienfreundliche Maßnahmen sind bei der Planung von Baugebieten, Freizeitangeboten und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten zu ergreifen; der Austausch zwischen den Generationen ist zu fördern, die Integration von Zuwanderern ist zu verbessern, nachhaltige Nutzungskonzepte kommunaler Einrichtungen sind im Sinne einer vorausschauenden Stadt- und Dorfentwicklung zu entwickeln.

„Älter, weniger und bunter“, mit diesen Stichworten lassen sich die personellen Veränderungen beim ehrenamtlichen Engagement der vielen Menschen in unseren Städten und Gemeinden durch den demografischen Wandel beschreiben. Die ehrenamtliche Arbeit muss organisatorisch durch die Kommunen, mit z. B. einer Informationsbörse oder einer Stabstelle „Ehrenamt“ unterstützt werden. Die Erfahrungen und „Schätze“ der Älteren müssen der Gesellschaft und damit den nächsten Generationen erhalten bleiben. Ehrenamtliches Engagement hilft auch bei der Integration der mehr werdenden Migranten.

## Kinder- und familienfreundliche Kommunen

Liberale Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Familienpolitik,

- die durch ein **Miteinander** von Kommune, Eltern und Kindern vor Ort ein familienfreundliches Klima schaffen, in dem Erziehung, Bildung und Beruf harmonisch miteinander in Einklang zu bringen sind, in dem sich Kinder und Eltern gemeinsam wohl fühlen.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kinder und Beruf müssen nebeneinander möglich sein, in Familienformen und auch für allein erziehende Mütter und Väter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote zu-

rückgreifen können. Dazu gehört für die FDP insbesondere die Förderung **individueller Betreuungsdienstleistungen** wie Tagesmütter und Kinderkrippen. Diese Betreuungsmodelle sind weiter zu fördern, wobei die bürokratischen Hürden in diesem Bereich zu vermindern bzw. abzubauen sind. Ebenso ist für eine liberale familienfreundliche Politik ein Angebot von Ganztageskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten elementar.

Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist den Wünschen berufstätiger Mütter und Väter nach **flexibleren Öffnungszeiten** und Betreuung von Kleinkindern (0-3 Jahre) und Hortkindern in einem finanziell vertretbaren Rahmen Rechnung zu tragen. Elterninitiativen, die eine gemeinsame Kinderbetreuung organisieren, sind zu unterstützen.

Wichtig für den Bereich der Kinderbetreuung ist auch die **Partnerschaft des Landes**, das die Kommunen bei diesen vielfältigen Aufgaben unterstützen muss. Das gilt für die gesetzlichen Rahmen bei der Durchführung von Kinderbetreuung und auch insbesondere für die Gestaltung der Gebühren für Kinderbetreuungseinrichtungen, wobei die Gebührenfreiheit des letzten Kindergartenjahres als erster Schritt anzustreben ist.

Eine engere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen soll gefördert und unterstützt werden.

**Die Hamelner FDP fördert daher die ehrenamtliche Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden.**

Jugendarbeit ist gleichzeitig vorbeugende Jugendhilfe, die ohne hauptamtliche Fachkräfte nicht zu leisten ist.

#### **Für Hameln gilt daher:**

- ◆ Weitere Unterstützung des Jugendzentrums "Regenbogen" und den anderen Jugendtreffs. Finanzielle Unterstützung der "Sumpflume".
- ◆ Fortgesetzte Nutzung des Jugendheims "Finkenborn".
- ◆ Weiterhin unentgeltliches Nutzungsrecht der städtischen Sportanlagen durch Vereine mit Jugendarbeit. Die Mithilfe bei der Pflege der Anlagen wird gewünscht.
- ◆ Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung der Sportvereine und zur Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen.
- ◆ Auch künftig Förderung der Jugendkunst- und der Jugendmusikschule.

In vielen Bereichen ist die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der **Gleichstellung von Frau und Mann** kleiner geworden, der Weg zur völligen Gleichberechtigung aber noch nicht beendet.

Da für die Liberalen die Gleichwertigkeit von Frau und Mann eine Selbstverständlichkeit ist, unterstützen wir geeignete Maßnahmen, die Frauen der Gleichberechtigung im beruflichen und politischen Bereich näher bringen.

Mit der "Quotenfrau" erreicht man nicht das Ziel des Artikels 3,2 GG (Männer und Frauen sind gleichberechtigt). Nur wenn man die Rahmenbedingungen schafft, die es Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Beruf selbstbestimmt und sinnvoll zu verbinden und beiden gegen besondere Diskriminierungen rechtlichen Schutz gewährt, wird dieser Auftrag des Grundgesetzes erfüllt.

#### **Liberale Familienpolitik für Hameln bedeutet:**

- Schaffen eines familienfreundlichen Umfeldes (z.B. Verkehrssicherheit, Dienstleistungsangebote, wohnungsnaher familienfreundliche Einrichtungen, gut erreichbare Geschäfte,...)

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch unterstützende Maßnahmen bei der Kindererziehung. (z.B. Tagesmüttermodell, Elterninitiativen, Anpassen der Öffnungszeiten familienwichtiger Einrichtungen an den Familienrhythmus,...)
- Wohnungsnahe Arbeitsplätze
- Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen.

## Bildung ist Zukunftsvorsorge

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Bildungspolitik,

- mit einem möglichst differenzierten Angebot verschiedener Schulformen nebeneinander, um Eltern und Schülern eine **Auswahlmöglichkeit** zu geben.

In der liberalen Bürgergesellschaft sind Bildung, Aus- und Fortbildung die Garanten für Lebensqualität und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft. Deshalb fordert die FDP ein vielseitiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot in erreichbarer Nähe, das im Kindergarten beginnt.

Im Rahmen der Schulträgerschaft haben auch die Kommunen und Kreise besondere Verantwortung für die Qualität der Bildung. Moderne Schulen in gutem baulichem Zustand erleichtern Lehrern und Schülern das Lehren beziehungsweise Lernen. Es soll im Rahmen der Möglichkeiten eine gute Ausstattung der Schulen vor Ort – generell und besonders auch mit Blick auf moderne Medien – zur Verfügung gestellt werden. Die Integration behinderter Kinder ist eine Verpflichtung.

Qualifizierte berufliche Bildung im dualen System ist aus bildungspolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Gründen wieder mehr in den Vordergrund zu rücken und die Gleichwertigkeit mit der Allgemeinbildung auf der kommunalen und regionalen Ebene zu betonen. **Berufliche Bildung** muss Betrieben mehr Spielraum bieten, einen Beitrag zur Integration vor allen der Hauptschüler leisten. Eigenleistungen in Betrieben helfen mit, mehr Ausbildungsplätze und ortsnahe Berufsschulklassen zu ermöglichen.

Alle Schulen müssen mehr **Handlungskompetenz** vermitteln.

Die Bildungseinrichtungen müssen eigenständige Profile entwickeln und sich vermehrt dem Wettbewerb untereinander stellen. Die Budgetierung an den Schulen möchte die FDP auf die öffentlichen Bildungseinrichtungen ausgeweitet werden.

Die Erfordernisse lebenslangen Lernens bedingen eine gesicherte Unterstützung kommunaler Weiterbildungsangebote, wie der Volkshochschulen und freier Träger in engem Zusammenwirken mit privaten Anbietern.

Die Hamelner Liberalen treten ein für eine Bildungspolitik, die jeden Menschen in seiner Eigenart und entsprechend seinen unterschiedlichen Lernvoraussetzungen fördert.

**Die FDP fordert daher ein vielfältiges und differenziertes Bildungsangebot.**

Für immer mehr Menschen ist lebenslanges Lernen eine berufliche bzw. gesellschaftliche Notwendigkeit. Darum ist die Weiter- und Erwachsenenbildung als vierte Säule unseres Bildungswesens weiter zu entwickeln.

## Die FDP will mit Hilfe folgender Grundsätze die Hamelner Bildungssituation verbessern:

- ◆ Auf die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen muss reagiert werden. Die Schule entwickelt sich vom Lernort zum Lebensort. Der Schulträger „Stadt Hameln“ muss daher an seinen Schulen die baulichen und logistischen Voraussetzungen für einen ganztägigen Schulbetrieb schaffen.
- ◆ Der Standard der Hamelner Schulen ist oft nicht ausreichend. Die Stadt als Schulträger muss stetig die äußeren Bedingungen für eine qualifizierte Bildung optimieren und dem notwendigen Bedarf anpassen.
- ◆ Die Haushaltsmittel für die Bauunterhaltung städtischer Schulen sowie deren Ausstattung sind in Zukunft erheblich aufzustocken.
- ◆ Ein qualifiziertes, wohnungsnahes Schulangebot ist vorzuhalten. Das schließt den Bestandsschutz kleiner Grundschulen ein.
- ◆ Die Berufakademie Weserbergland und ähnliche Einrichtungen sind als Ergänzung des öffentlichen Schulwesens zu fördern und auszuweiten.
- ◆ Auch das (Fach-) Hochschulwesen sollte in Hameln eine Chance bekommen. Nach geeigneten Partnern (auch private) muss gesucht werden.
- ◆ Der städtische Beitrag zur Kreisvolkshochschule wird fortgeführt. Die KVHS ist auf ihre Qualität hin stetig zu evaluieren.
- ◆ Die Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen wird bejaht. Möglichkeiten spezieller Begabtenförderung sind in Hameln anzubieten.
- ◆ Neue Schulangebote (Ganztagsschule, Volle Halbtagsgrundschule) werden befürwortet. Ein qualifiziertes Nachmittagsangebot ist vorzuhalten. Die Entscheidung über den Besuch dieser Einrichtungen muss den Eltern vorbehalten bleiben.

## Kultur und Kommune

Liberalen Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Kulturpolitik,

- die bürgerschaftliches Engagement stärkt und eine aktive Kulturszene befördert,
- die der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder- und Jugendkultur besondere Aufmerksamkeit widmet,
- die die regionale Vernetzung von Kulturorten und Institutionen fördert.

Kunst und Kultur spiegeln den Stand einer Gesellschaft wider. Ohne sie wäre eine Gesellschaft nicht kreativ, eine Wirtschaft nicht innovativ, eine Bildung technokratisch. Kunst und Kultur tragen zu den **Werten** unserer Gesellschaft bei.

**Städte und Gemeinden** sind nicht nur Schulen der Demokratie, Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger, Orte des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie Wirtschaftsstandort – sie sind auch **Zentren der Kultur**. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen oder in privaten Initiativen, braucht geistige Freiheit, und über die öffentliche hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch in anderen Bereichen ist das Ehrenamt zu stärken.

Kulturpolitik ist Auftrag und Verpflichtung der Gemeinden. Neben der materiellen Daseinsvorsorge besteht ein gleichrangiger kultureller Auftrag. **Kulturförderung** ist für die FDP eine Aufgabe von hoher Bedeutung der Kommunen. Allerdings müssen die Städte und Gemeinden diese Aufgabe auch erfüllen können. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte sowie steigende Sozialausgaben führen dazu, dass gerade Kulturausgaben unter Druck geraten und zum Teil erheblich gekürzt werden.

**Jugendliche** sollen auch in den Städten und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, ihre **eigenen Vorstellungen von Kultur** zu verwirklichen. Geld-, Raum- und Verfahrensfragen sollen mit ihnen gemeinsam gelöst werden.

**Regionale Kulturarbeit befördert städtisches und regionales Selbstbewusstsein und Identifikation** mit der Kommune und/oder der Region und kann zu **Effizienz** bei der Finanzierung bestimmter kultureller Projekte beitragen.

**Zugang und aktive Teilhabe am kulturellen Leben muss für alle erleichtert werden, deshalb fordert die FDP Hameln:**

- ◆ Ein vielfältiges kulturelles Angebot, das den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in angemessener Weise gerecht wird. Eine weitere Einschränkung der so genannten „freiwilligen Leistungen“ der Stadt Hameln, die hauptsächlich den kulturellen Bereich betreffen, ist nicht geeignet, die finanzielle Lage zu verbessern. Fehlendes Kulturangebot ist gesellschaftlich und auch wirtschaftlich auf lange Frist zu teuer. (Stichwort: Weiche Standortfaktoren)
- ◆ Ein kulturelles Umfeld, das die Menschen zu eigenen Aktivitäten ermuntert. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der orts- und stadtteilbezogenen Kulturarbeit. Die Vereinsarbeit ist hierbei ein wesentlicher Bestandteil verantwortlichen bürgerlichen Handelns
- ◆ (z.B. Kulturvereine, Stadtteil- und Ortsfeste). Die Ortsräte leisten viel Arbeit auf allen kulturellen Gebieten und sind daher durch ausreichende Geldzuweisungen und der Wiedergründung eines Ortschaftsausschusses zu stärken.
- ◆ Die Entfaltung klassischer Kultureinrichtungen, wie Bibliothek und Museum durch Kräfteverlagerung (Personal, Sachleistungen und Räume) innerhalb der kommunalen Verwaltungen. Die Renovierung des Stadtmuseums ist im Zusammenhang mit der Altstadterneuerung vorzunehmen. Sie schafft Raum für weitere kulturelle Aktivitäten.
- ◆ Die Erschließung privater Finanzierungsquellen für den Kulturbereich durch Mäzene und Stiftungen.
- ◆ Gewinnung von Sponsoren und Förderkreisen zur Finanzierung von Kunst- und Kulturveranstaltungen.

## **Bürgerorientierte Stadtentwicklungspolitik**

Liberalen Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Planungspolitik

- für eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert.

Die Andienung von Industrie, Handel und Gewerbe durch den Güter-, Dienstleistungs- und Wirtschaftsverkehr ist auch in die Innenstädte und die verkehrsberuhigten Zonen hinein zu gewährleisten. Einzelhandel, Gewerbe und Handwerk müssen sich zukünftig wieder verstärkt in den **Kernbereichen von Städten** und Gemeinden erweitern und ansiedeln können, auch um die Entfernungen zwischen Wohnen, Arbeiten und Freizeit zu verkürzen. Damit können ökologische Eingriffe reduziert und der Bedarf an Ausgleichsflächen vermindert werden.

Die örtliche Entwicklung wurde von jeher geprägt von den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ansprüchen der Menschen. Dörfer und Städte spiegeln den jeweiligen Zeitgeist ihrer Entwicklungsphasen und dürfen auch zukünftig ihre gewachsenen Strukturen nicht verlieren. Die Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung. Das **historisch gewachsene** Orts- und Stadtbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient, erhalten zu werden. Für die Einhaltung von Auflagen zum Erhalt der Gebäude, soweit sie

vorrangig im öffentlichen Interesse liegen, müssen die Eigentümer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Daher gilt es die bestehende Infrastruktur in ihrer Funktion und ihrem **Wert zu erhalten** und gegebenenfalls bedarfsgerecht weiter zu entwickeln, bedarfsgerecht auch im Hinblick auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang. Künftige Maßnahmen in der Stadtentwicklung müssen zwingend Rücksicht auf die sich verändernde Struktur der Bevölkerung nehmen und dabei auch und insbesondere den Belangen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen.

Immer mehr ältere Menschen wollen zentrumsnah in den Städten wohnen. Das Thema „**Wohnen in der Innenstadt**“ wird eine neue Bedeutung gewinnen. Erste Schritte zur Gewinnung attraktiven Wohnraums in den Städten sind die Aufstellung eines Katasters der vorhandenen Baulücken und Erarbeitung von Leitlinien zur zukünftigen städtebaulichen Entwicklung der Innenstädte, insbesondere auch das Bauen in der 2. Reihe. In der Zusammenarbeit mit den privaten Immobilienbesitzern und privaten Bauträgern sind dabei neue Modellprojekte als alternative Organisations- und Finanzierungsformen im Vergleich zur klassischen Städtebauförderung zu unterstützen.

Dorfkerne und Innenstädte müssen ihre Funktionen dauerhaft wahrnehmen können. Keinesfalls darf durch die Ausweisung neuer Baugebiete eine Verödung der Städte und Dörfer eintreten. Bei der Gestaltung der Innenstädte und Dorfkerne sollten Ruhe- und Erholungszonen, Aufenthaltsplätze für Familien und Grünanlagen mit eingeplant werden, um so die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. **Stadtentwicklungspolitik**, so wie die FDP sie sieht, muss aus wirtschaftlicher Sicht vorrangig Anstrengungen unterstützen, funktionierende und lukrative innerstädtische und innerörtliche Standorte des Einzelhandels zu sichern, zu fördern und zu verbessern. Erforderlich ist dazu ein Abbau von Regularien und den Rückbau von Verwaltungs- und Genehmigungshürden.

**Die Hamelner Innenstadt ist mit folgenden Maßnahmen als Markt- und Dienstleistungszentrum gezielt zu fördern:**

- ◆ Stadtmarketing, zur Verbesserung der Wettbewerbschancen gegenüber konkurrierenden Städten. (Stichwort: Einkaufsstadt Hameln mit Flair.)
- ◆ Erhalt des kundenfreundlichen Branchen-Mix in der Altstadt. Keine zusätzlichen Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" zu Lasten der Innenstadt. Ansiedlung von neuen Unternehmen im Bereich der Altstadt. (ECE). Hierbei sind vor allem 1B-Lagen stärker zu berücksichtigen und durch bessere und angepasste Nutzungskonzepte neu zu optimieren.
- ◆ Förderung eines echten Wettbewerbs durch Schaffung gleicher Bedingungen (z.B. Verkehrliche Erreichbarkeit, Preise für das Parken vergleichbar mit "grüner Wiese", Saubere Stadt: Toiletten, Weserufer, ...), eventuell Schaffung neuer Parkflächen am Weserufer.
- ◆ Städtebauliche Fortentwicklung durch Ausgestaltung des ZOB, des Posthofes, der baulich - geschäftlichen Verbindung Altstadt / Bahnhofstraße, Alter Feuerwache ... .
- ◆ Die Gesamtplanung der Weserufer von Tündern bis Wehrbergen zur besseren Nutzung der Weser und deren Ufer für Freizeit, Erholung, Wohnen, Arbeit und Umweltschutz. Die Anbindung und somit auch die Zugänglichkeit der Weser an die Innenstadt muss verbessert werden. Eine Belebung der Promenade muss erfolgen. – Die aktive Freizeitnutzung (Hafen, saisonale Events und zukünftiges Freizeitbad mit Strandcharakter.

# Bürgerorientierte Verkehrspolitik

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Verkehrspolitik,

- die die Interessen der Bürger berücksichtigt und ihre Mobilität sichert.

Die gemeindliche Verkehrsplanung muss als Teil der Entwicklungsplanung betrieben werden. Voraussetzung für das Funktionieren gewachsener Innenstädte ist ihre schnelle Erreichbarkeit. Die Interessen des Handels und der Dienstleistungsbranche in den Innenstädten sind zu berücksichtigen in enger Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten und Gemeinden. Dafür ist eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel notwendig. Aus Sicht der FDP müssen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der öffentliche Personennahverkehr in der **kommunalen Verkehrsgestaltung** einen gleichwertigen Platz beanspruchen können ohne die oftmals praktizierte Behinderung des Individualverkehrs.

Einem modernen Verkehrsmanagement unter Einsatz elektronischer Informationstechniken fällt für die Gestaltung des Verkehrs eine wichtige Rolle zu. Die FDP will, dass der Verkehr fließt und nicht behindert wird. Verbesserungen der Verkehrssicherheit und des Wohnumfeldes sind in Wohngebieten durch stadtverträgliche und attraktive **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** anzustreben. Zonengebote wie Tempo-30-Zonen sind auf reine Wohngebiete zu begrenzen. Dem Transitverkehr in den Ballungsgebieten müssen vernünftige Umfahrungsmöglichkeiten der Innenstädte angeboten werden, wenn nicht umweltfreundliche Alternativen vertretbar sind. Die PKW-Nutzung der Innenstädte muss möglich bleiben. Eine Sperrung dort ist keine geeignete Maßnahme. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind in die Planung einzubeziehen. Ausreichend günstiger Parkraum, insbesondere für Kurzparker, sollte gewährleistet werden, um den Einzelhandel zu stärken.

Liberaler Kommunalpolitiker fordern ein wettbewerborientiertes Zukunftskonzept für einen rechtskonformen, effizienten und kostengünstigen ÖPNV, der von den Bürgerinnen und Bürgern bei rationaler Verkehrsmittelwahl als Alternative angesehen wird. Durch eine aufgaben-gerechte Privatisierung werden sowohl das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Wirtschaftlichkeit gesteigert. Schienenverkehre sind eher zu privatisieren als stillzulegen.

Von Bedeutung ist ein gut ausgebautes und sicheres **Fuß- und Radwegenetz**. Dies gilt vor allem auch mit Blick auf Kinder und deren Wege zum Kindergarten und zur Schule. In gleicher Weise ist den Bedürfnissen älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen durch möglichst barrierefreien Zugang Rechnung zu tragen.

## Für Hameln gilt:

- ◆ Die gute Erreichbarkeit der Stadt von außen - auch überregional - ist Hauptziel liberaler Politik für Hameln. Eine ideologisch gelenkten "Verkehrsbehinderungspolitik", wie sie zu großen Teilen im städtischen Verkehrsentwicklungsplan, der immer noch gültig ist, beschlossen wurde, muss verhindert werden.
- ◆ Das Projekt "Südumgehung Hameln" ist mit allen politischen Mitteln voranzutreiben! Die Anbindung der B83 an die Südumgehung zur Entlastung der Nordstadt ist zu entwickeln.
- ◆ Alle Sparten der Hamelner Gewerbeunternehmen sind auf die uneingeschränkte Anbindung an das Straßennetz angewiesen. Die Erreichbarkeit der Hamelner Kernstadt (Altstadt) muss daher erhalten bleiben. Die Sperrung von Straßen innerhalb der Altstadt für den Autoverkehr wird abgelehnt.
- ◆ Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, z.B. in Wohngebieten sind sinnvoll. Aber die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss gewahrt bleiben.
- ◆ Straßensperrungen sind abzulehnen, weil sie den Verkehr nur verlagern und durch Umwege evtl. erhöhen. Deswegen ist eine Verkehrsführung der kurzen Wege nötig.

- ◆ Der Bahnhof wird nach der Renovierung sehr attraktiv für Reisende sein. Er ist verkehrlich mit der Innenstadt zu verknüpfen (Öffis). In diesem Zusammenhang sind der derzeitige „Charakter“ und die Gestaltung der Deisterstraße zu überdenken.
- ◆ Zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens muss auch eine Attraktivitätsverlagerung zu Gunsten des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (Bus und Bahn) stattfinden. Auf die neuen EG - Bestimmungen ist so zu reagieren, dass eine höchst-mögliche Effizienz des ÖPNV gewährleistet bleibt. Hameln muss vollständig an den Großraumtarif angeschlossen werden.
- ◆ Das Auto bildet nach wie vor den wichtigsten Verkehrsträger und ist zum Erreichen der Stadt Hameln unverzichtbares Verkehrsmittel. Daher müssen auch Kurzzeitparkplätze innerhalb und preisgünstige Dauerparkplätze außerhalb der Wälle der Hamelner Altstadt in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Der Versuch mit der „Brötchentaste“ verläuft erfolgreich und sollte ausgedehnt werden.
- ◆ Die Parkplatzsituation an der Wilhelmstraße und an anderen Kernpunkten ist zu verbessern und städtebaulich zu gestalten.
- ◆ Der Ausbau des Radfahrnetzes kann - wenn auch nur im geringen Maße - zur Bewältigung des Verkehrszuwachses beitragen. Die Radwege an den Haupteinfallachsen der Kernstadt sind deswegen weiter auszubauen. Der Radweg an der Weser und die Weserpromenade können die Zugkraft unserer Altstadt erhöhen. Die baulichen Voraussetzungen sind dabei unter Einbindung aller erreichbaren Fördergelder zu schaffen. Zur Verbesserung des Radverkehrs sind die Vorschläge des ADFC sehr nützlich. Die Neugestaltung des gesamten Weserhafenbereiches ist zweckmäßig.
- ◆ Alle verkehrspolitischen Entscheidungen müssen sich an der Finanzkraft Hamelns orientieren.

## Umweltpolitik vor Ort mit den Menschen

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Umweltpolitik,

- die die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt harmonisch in Einklang bringt.
- Sie handeln nach dem Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen.
- Für sie kommt der Land- und Forstwirtschaft in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft eine wichtige Rolle zu.

Umweltschutz ist in erster Linie eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er ist in der Kommune eine **fachgebietsübergreifende Aufgabe**. Ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung gehören zusammen. Wer die Umwelt nicht kennt, dem fehlt auch der Anreiz, sie zu schützen. Deshalb soll der Mensch wo immer möglich auch Zugang zur Natur erhalten.

Für die Liberalen haben im Umwelt- und Naturschutz **vertragliche Regelungen** absoluten Vorrang vor Gesetzen und Verordnungen. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger Garant dafür, dass die Grundlagen des Umwelt- und Naturschutzes erhalten bleiben.

Eine gezielte Lärmentlastung bestehender und geplanter Wohngebiete vom Individual- und Durchgangsverkehr trägt erheblich zur Steigerung der Lebensqualität bei. Lärm- und Luftschadstoffkataster sind dazu ebenso hilfreiche Instrumente wie bei Abwägungsentscheidungen neu auszuweisender Wohn- oder Gewerbegebiete. Unsere Luftqualität hat sich vor al-

lem in städtischen Bereichen kontinuierlich verbessert. Da wo nach den neuen europäischen Feinstaubrichtwerten weitergehende Maßnahmen erforderlich sind, setzen wir auf kommunaler Ebene auf flüssigen Verkehr (Grüne Welle) und so wenig Eingriffe und Beschränkungen wie möglich.

Die wichtigen Bereiche Energieeinsparung, Flächenentsiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen werden auch in den nächsten Jahren wesentliche Themen der Stadt Hameln bleiben, bei denen die Stadt ebenso wie bei der Nutzung regenerativer Energien im Rahmen der Möglichkeiten eine **Vorbildfunktion** wahrnehmen sollte. Dabei kann durch eigenverantwortliches Handeln ein überreguliertes Kontrollwesen ersetzt und durch Privatisierungen dauerhaft kostengünstige Lösungen gefunden werden.

Die Privilegierung von Windenergieanlagen im Baurecht ist abzuschaffen.

**Die Ziele liberaler Umweltpolitik vor Ort, also auch in Hameln, sind der Ersatz des orientierungslosen Ökoaktivismus durch Maßnahmen, die sich an der Gesamtbilanz einer Aktion ausrichten:**

- ◆ Die neuen Technologien, besonders die Solarenergie, bieten auch neue Chancen für Hameln. Das Image Hameln als "Solarstadt" muss gefördert werden. Investitionen in diesen Bereich müssen sich langfristig auszahlen. (z.B. Umstellung Heizanlagen, Austausch undichter Fenster, Verwendung von Dämmmaterialien...).
- ◆ Die Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien muss vorangetrieben werden. Erweiterung des Solar-Forschungsinstitut in Ohr sollte um diesen Aspekt erweitert und damit zum Zentrum dieser Forschung in Niedersachsen werden.
- ◆ Baum- und Heckenschutzsatzungen sind überflüssig und zurückzunehmen. Oft bewirken sie das Gegenteil ihrer Zielsetzung und verhindern die Neuanpflanzung von Hecken und Bäumen. In jedem Fall nehmen sie den Bürgern die Verantwortung, über ihre nähere Umwelt selbst zu bestimmen. Die Furcht, der normale Bürger wäre dazu nicht in der Lage, ist völlig unberechtigt und zutiefst unliberal.
- ◆ Vorgeschriebene öffentliche Grünflächen in Neubaugebieten, die bereits sehr viel "privates Grün" aufweisen, haben - an anderer Stelle angelegt - oft einen größeren Nutzen. Ein Heckenstreifen in freier Landschaft ist wertvoller als eine gleich große, pflegeintensive Grünfläche am Straßenrand in einer Innenstadt.
- ◆ Im Bereich des Tündern-Sees ist neben der touristischen Erschließung auch der südliche Teil dieses Geländes naturnah zu gestalten.

(Umweltpolitische Aktionen müssen in einem Gesamtzusammenhang gestellt werden, deswegen sind weitere zahlreiche Maßnahmen den jeweiligen Kapiteln zugeordnet.)

## **Sozialpolitik – Eigenverantwortung vor Ort unterstützen und nutzen**

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Sozialpolitik,

- die die Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung stärkt, die sich aktiv für die Gesundheit ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere ihrer Kinder und Jugendlichen einsetzt,
- die kommunaler Jugendarbeit fördert,
- und Hilfsangeboten für Frauen und Kinder in Not bereithält.

Die Sozialpolitik gehört zu den wesentlichen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Familienstrukturen ändern sich. Junge Menschen, die Halt und Orientierung suchen, brauchen Angebote kommunaler **Jugendarbeit**. Kommunen haben, von Bund und Land unterstützt, Projekte von Jugendarbeit zu fördern, insbesondere für politische Bildung, soziales Engagement und kulturelle Arbeit in nicht-staatlichen Organisationen.

Die Gesundheit von Kindern ist eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zum Lernen und damit für Chancengerechtigkeit und ein eigenverantwortliches Leben. Der öffentliche Gesundheitsdienst sorgt für Untersuchungen der Kinder vor der Einschulung. Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten brauchen aber schon frühzeitig unsere Aufmerksamkeit für ihre gesunde Entwicklung.

**Seniorinnen und Senioren** müssen die Möglichkeiten haben, ihr Leben so lange wie möglich selbständig zu bestimmen und zu gestalten. Liberale setzen sich dafür ein, die umfangreichen Potenziale älterer Menschen zu nutzen. Dies gilt insbesondere für ehrenamtliches Engagement, z. B. beim Miteinander der Generationen, in der Kultur und im Mentorenprogramm. Der Ausbau freier und privater ambulanter Hilfseinrichtungen sowie das betreute und altengerechte Wohnen muss weiter vorangetrieben werden.

Die FDP steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die Kommunen sind aufgefordert, sich für die Umsetzung dieses Grundsatzes einzusetzen.

**Frauen** und Kinder, die Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch geworden sind, brauchen Schutz und Hilfe. Deshalb sind Frauen-/Kinderschutzhäuser in den Kommunen erforderlich. Ebenso wie eine psychotherapeutische Betreuung der Opfer.

Aussiedler und aufenthaltsberechtigte **Ausländer** sind auch weiterhin durch Sprachkurse und besondere Betreuungsmaßnahmen zügig zu integrieren.

Liberale Politik steht für eine dreigliedrige **Drogenbekämpfung**: eine verstärkte Prävention - insbesondere an Schulen -, eine intensive Bekämpfung des Drogenhandels und eine verbesserte Drogentherapie und Nachsorge.

Die FDP betont die Anerkennung und Fachkompetenz von Vereinen und Verbänden. Organisierte Vereinsarbeit nimmt nicht zuletzt dank einer Vielzahl ehrenamtlicher Helfer gesellschaftspolitische Aufgaben wahr, die von den Städten und Gemeinden nur unzureichend bewältigt werden können. Zu einer gesicherten sozialen Infrastruktur gehören daher auch umfangreiche Angebote.

### **Die FDP in Hameln setzt sich folglich diese Ziele:**

- ◆ Selbsthilfegruppen erfahren weiterhin Unterstützung.
- ◆ Der Behindertenbeirat soll mehr Anerkennung finden.
- ◆ Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlicher Dienst am Nächsten müssen den notwendigen Platz in unserer Leistungsgesellschaft einnehmen.
- ◆ Alten- und behindertengerechte Wohnungen (betreutes Wohnen) sind in überschaubarer Zahl und dezentral einzurichten.
- ◆ Geeignete Formen zur Integration von Langzeitarbeitslosen durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen müssen gefunden werden. Dabei sind der Verwaltungsaufwand und die Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft so klein wie möglich zu halten.
- ◆ Eingliederungswillige Aussiedler und Ausländer bedürfen der Unterstützung in ihrer Wohnungs- und Arbeitssituation. Auch hier ist die Verantwortung des Einzelnen für sein

Schicksal zu berücksichtigen und eventuell durch geeignete Maßnahmen zu fördern. (Sprachkurse, Weiterbildung,...)

- ◆ Der Ausbau und die Einrichtung von Kindergartenplätzen muss eine Vollversorgung sicherstellen. Die Gebührenfreiheit aller Bildungseinrichtungen des Staates ist anzustreben. Notwendige Gebühren für einen Kindergartenplatz sind niedrig zu halten. Die Voraussetzungen für die Bedarfsdeckung von Krippenplätzen sind zu schaffen.
- ◆ Zusätzliche Betreuungsformen von Kindern und Jugendlichen sind zu begrüßen. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Kommune setzt Engagement der Aktiven voraus.

## Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Finanzpolitik

- mit einer weitgehenden Privatisierung öffentlicher Aufgaben,
- damit die Lebensqualität unserer Städte, Gemeinden und Kreise erhalten bleibt.

Die Zurückgewinnung finanzieller Spielräume für die kommunalen Haushalte ist ein zentrales Anliegen, um der **zukünftigen Generation** notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Das setzt gesunde Finanzen voraus, will man nachfolgenden Generationen nicht aufbürden, hinterlassene Schuldenberge abzutragen. Daher dürfen Kreise, Städte und Gemeinden auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen.

Die FDP fordert Bund und Land dringend auf, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen zu verbessern. Dazu zählt eine umfassende **Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystems**. Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine den zu erfüllenden Aufgaben entsprechende Verteilung unter den verschiedenen Ebenen unseres Staates, wie sie mit dem Konnexitätsprinzip in Niedersachsen in Angriff genommen worden sind: Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen. Gesetze, die Kommunen belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen. Es ist deshalb auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern

Finanzielle Freiräume für eine aktive und bürgerfreundliche Gestaltung der Kommunalaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge bestehen in Anbetracht leerer Kassen schon lange nicht mehr. Die **kommunale Selbstverwaltung** ist gefährdet. Selbstkritisch ist allerdings anzumerken, dass es manche Kommune mit Blick auf die Wünsche einzelner Gruppen noch immer nicht geschafft hat, sich von Vorhaben zu trennen, die der Kategorie "hilfreiche Förderung" zuzurechnen sind, aber unter Berücksichtigung von Präzedenzwirkungen und Folgekosten in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Haushalt keinen Platz haben. Wir brauchen gerade in Niedersachsen ein neues Bewusstsein für konsequente Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau in Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Basis für eine liberale Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Umfang und Qualität der wirklich notwendigen öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Die Beurteilung der zielgerichteten und **wirtschaftlichen Erledigung der öffentlichen Aufgaben** muss sich vorurteilsfrei und unabhängig von der gewählten Organisationsform an den Ergebnissen messen lassen.

Aufgaben sollen von Kommunen nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben **Qualität und Wirtschaftlichkeit** nicht durch Private übernommen werden können. Kommunales Vermögen ist in die Überlegungen nach mehr Privatisierung einzubeziehen.

Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und Konjunktur unabhängige Finanzgrundlage. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Kommunen zum einen ihre finanzpolitische Autonomie, die gegenwärtig u. a. in Gestalt des Hebesatzrechtes auf die Gewerbesteuer gegeben ist, wahren, und zum anderen ein systemimmanenter Anreiz gegeben ist, Wirtschaft und **Gewerbeansiedlungen zu fördern**. Die FDP hat unter Mitwirkung von Finanz- und Kommunalpolitikern ein durchdachtes und durchgerechnetes neues System der Kommunalfinanzierung entwickelt, das den genannten Forderungen Rechnung trägt.

Hier agieren wir sehr erfolgreich schon bei der Planung des Hamelner Kommunalhaushaltes. Dabei ist das Ziel, nicht medienwirksam, sondern ertragreich vorzugehen.

**Die liberale Wächterrolle hat daher in der vergangenen Legislaturperiode der Stadt Hameln einen ausgeglichenen Haushalt gesichert. Der Verschuldung, die in den letzten Jahren angewachsen ist, stehen enorme Werte gegenüber. (z.B. Intaktes Abwassersystem, Infrastrukturprojekte, Immobilienbesitz)**

**Solide Finanzpolitik der Liberalen in Hameln bedeutet:**

- ◆ Die Verwaltungsausgaben müssen sich langfristig auf das beschränken, was zu dem eigentlichen Aufgabenbereich einer Stadtverwaltung gehört.
- ◆ Die Verschuldung ist in vertretbaren Grenzen zu halten.
- ◆ Keine neuen Steuern (z.B. Straßenausbausatzung)! Keine unangemessene Anhebung bestehender Steuern (z.B. Gewerbe- und Grundsteuer)
- ◆ Wenn neue Investitionen in den Verwaltungsapparat notwendig sind, sollte dies unter dem Strich immer zu einer Einsparung führen.
- ◆ Kostenkontrolle durch Offenlegen der Endabrechnung größerer, öffentlicher Investitionen.
- ◆ Freiwillige Leistungen, die mit Ausgaben über mehrere Jahre verbunden sind, bedürfen künftig der Bestimmung eines Enddatums. Bestehende Subventionen müssen auslaufen. Denn ohne Begrenzung der Laufzeit wird aus vorübergehenden Hilfen oft eine Dauer-subvention.
- ◆ Bürgernahe Stiftungen sollen initiiert werden.

**Liberaler wollen Privatisieren und Abbau von Reglementierungen und damit weniger Staat und eine kleinere Verwaltung auch in Hameln:**

- Auslichten des Vorschriftendickichts auch auf kommunaler Ebene
- Vergabe von Aufgaben an private Anbieter (z.B. Abwasserbeseitigung, Bestattungswesen, Anlagenpflege) wenn diese tatsächlich langfristig kostengünstiger sind.
- Kosten-/ Leistungsrechnung der öffentlichen Verwaltung, Vergleich mit privaten Anbieter, evtl. Anpassung der Gebühren an tatsächliche Kosten oder Abgabe an Privatwirtschaft.
- Finanzierung notwendiger Objekte durch privatrechtliche Finanzierungsmodelle (z.B. Stiftungen, privatwirtschaftliche Vermarktung, Leasingverfahren, Sponsoring).
- Übertragen von Aufgaben an interessierte Bürger (sog. Patenschaften).

## Freiheit und Sicherheit

Libérale Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Ordnungspolitik,

- die der Feuerwehr und dem Rettungswesen zum Schutz von Leib und Habe stets einräumt und
- auf das persönliche Unsicherheitsempfinden von Bürgerinnen und Bürger reagiert.

Die liberale Bürgergesellschaft braucht die Freiheit der Entfaltung, aber auch den konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung. Die Freiheit der Entfaltung hat aber schon dort ihre Grenzen, wo die notwendige Hilfe für andere geschwächt wird. Das Ziel der Sicherheit auf Straßen und Anlagen ist nur unter Mithilfe der Bürger selbst zu erreichen.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Polizei alleine kann dies nicht leisten, gefordert sind hier insbesondere die Schul- und die Sozialpolitik. Notwendig ist also ein interdisziplinäres Denken und Handeln. Hier gilt es, für neue Ideen zu werben: „Hinsehen statt wegschauen; helfen statt wegducken.“ **Engagement und Zivilcourage** sind liberale Bürgertugenden, für die die FDP wirbt.

Die FDP möchte weitere kommunale **Präventionsräte** gründen, die vorbeugend die Sicherheitsprobleme, den Vandalismus (z.B. durch Graffiti) und die Verwahrlosung öffentlicher Räume auf gemeindlicher Ebene erörtern und Lösungen entwickeln. Wirksame Maßnahmen sind zu ergreifen, um insbesondere die Innenstädte sauber zu halten, weil eine saubere Gemeinde oder Stadt eine signifikant positive Wirkung auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger entfaltet. Auch die sichtbare Anwesenheit von Polizeistreifen, insbesondere von **Fuß- und Fahrradstreifen**, verbessert das Sicherheitsgefühl.

**Polizeiliche Erkenntnisse** zur Verhinderung von Kriminalität sind verstärkt in die Bauleitplanung einfließen zu lassen, um zu verhindern, dass die Kriminalität zunimmt. Auf Fußgängerunterführungen, Bahnsteige und häufig genutzte Verbindungswege ist ein besonders Augenmerk zu richten.

Eine flächendeckende **Videoüberwachung** der Innenstädte entspricht nicht liberalen Vorstellungen und verhindert auch keine Kriminalität. Diese wird immer ausweichen auf Räume ohne eine Überwachung. Die Probleme werden nur verschoben, nicht gelöst. Die Überwachung einzelner Orte kann im Einzelfall geboten sein, um Kriminalitätsschwerpunkten zu begegnen.

## Eine moderne Kommunalverwaltung für unsere Bürger

Libérale Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Verwaltungspolitik

- mit einer Verwaltung, die ihre Aufgaben als Dienst für den Bürger begreift,
- die neben der postalischen auch die elektronische Adresse ihrer Bürger gespeichert hat und nutzt.

Die Arbeit der Stadtverwaltung prägt wesentlich das Bild, das sich Bürger von ihrer Gemeinde machen. Mit der Erreichbarkeit in zentraler Ortslage, mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und durch Nutzung moderner Medien wird die Serviceleistung der Verwaltung erhöht.

Verwaltungsmodernisierung und damit **Bürokratieabbau** ist eine wesentliche Aufgabe im kommunalen Bereich. Schlanke Verwaltung ist kein Wert an sich, sie muss bei den Bürgern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung anstoßen. **E-Government** bietet die große Chance, unsere Verwaltungen von Grund auf einfacher, schneller, effizienter, wirksamer und damit bürgerfreundlicher zu machen. Die Online-Dienstleistungen müssen weiter ausgebaut werden.

Die Verwaltung sorgt für die Vorstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Website der Verwaltung und deren E-Mail-Adresse, damit die Bürgerinnen und Bürger mit der zuständigen Sachbearbeiterin oder dem zuständigen Sachbearbeiter direkt kommunizieren können. Planungen der Stadt sollten frühzeitig zur Information der Bürgerinnen und Bürger eingestellt werden. Befragungen über das Internet sind sinnvoll.

Die Kommunalverwaltungen brauchen ein wirksames Kommunalmanagement. Die Einführung **betriebswirtschaftlicher** Managementinstrumente ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Steuerung einer Verwaltung. Hierzu gehören u.a. die Umstellung auf ein kaufmännisches Rechnungswesen, die Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung und eines konsequenten Projektmanagements.

Die Definition von Dienstleistungsprodukten und dazu gehörenden Geschäftsprozessen einschließlich von Kennzahlen für ein wirkungsorientiertes Controlling und interkommunalen Vergleichen sieht die FDP als weitere Schritte hin zu einer modernen Kommunalverwaltung an. Grundlegend ist eine vollständige Veränderung des Selbstverständnisses von Kommunalverwaltungen und ihrem Management hin zu einem prozessorientierten, nach den Bedürfnissen der Bürger und ihren jeweiligen Lebenslagen organisierten öffentlichen Dienstleister.

**Impressum:**

Verantwortlich: FDP Ortsverband Hameln. Vorsitzende: Ina Loth  
Text: Rüdiger Zemlin, Herbert Habenicht u.a. Mitglieder der FDP-Hamel  
Über Anregungen und Anmerkungen zum Programm sind wir dankbar!

- Stand: August 2006 -

Weitere Informationen erhalten Sie über folgende Adressen:

Geschäftsstelle der FDP – Ortsverbandes

z.Hd. **Hans - Werner Ahrens**

Grasweg 26

D - 31789 Hameln

Telefon: 05151-53646

Fax: 05151-53646

FDP - Fraktionsgeschäftsstelle Hameln

z.Hd. Hans - **Wilhelm Güsgen**

Rathhaus

D - 31785 Hameln

Telefon: 05151-3250

Fax: 05151-988448

Email: [FDP-Hameln@t-online.de](mailto:FDP-Hameln@t-online.de)

Internet: [www.fdp-hameln-pyrmont.de](http://www.fdp-hameln-pyrmont.de)